

Ein Aufruf zum Klassenkampf

Broschüre zur Veranstaltung

Perspektiven des Syndikalismus

Syndikalistische Initiative

Herbst 2005

Mit freundlicher Unterstützung der AUGÉ/UG

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	2
2	Kritik	2
2.1	Kapitalismus	2
2.2	Staat und Herrschaft	5
2.3	Gewerkschaft	11
3	Perspektiven des Syndikalismus	14
3.1	Die Eroberung des Kuchens	14
3.2	Möglichkeiten zur Organi- sation	18
3.3	Erleichterung des Lebens und Vorwegnahme eines freien Lebens	21
3.4	Politischer und ökonomi- scher Kampf	22

Impressum:

Hersteller, Verleger, Herausgeber und Redaktion:

Syndikalistische Initiative

Stiftgasse 8, 1070 Wien

Herstellungsort:

Wien

Kontakt:

E-Mail: syndinit@yahoo.de

Homepage: www.syndinit.org

1 Einleitung

Der Syndikalismus ist die gewerkschaftlich orientierte Selbstorganisation von ProletarierInnen in egalitären, basisdemokratischen und föderalistischen Strukturen mit dem Ziel der Selbstverwaltung der ProduzentInnen und der Vergesellschaftlichung (nicht Verstaatlichung) der Produktionsmittel. Die meisten syndikalistischen Strömungen sind stark am Anarchismus angelehnt und dementsprechend allen hierarchischen und autoritären Strukturen gegenüber sehr kritisch eingestellt.

Als Spielart des libertären Sozialismus strebt der Syndikalismus eine Gesellschaft an, in der jedeR nach ihren Wünschen, Bedürfnissen und Interessen leben kann, die autoritäre staatliche Ordnung durch eine herrschaftsfreie Ordnung auf Basis von Selbstverwaltung, egalitärer Kommunikation und Föderalismus ersetzt wird. Das „Reich der Notwendigkeiten“ wird durch Planung und Organisation auf ein Minimum reduziert, um genügend Zeit und Ressourcen für das *eigentliche Leben* übrig zu haben. Grundlage der Ökonomie sind die Bedürfnisse der Menschen, also der Gebrauchswert der Güter, statt der Tauschwert von Waren als Basis privater Gewinnmaximierung.

Wir stellen uns der Frage, ob in der heutigen Situation hier in Österreich, der Syndikalismus eine Perspektive bieten kann, die weiter geht als die herkömmliche reformistische Gewerkschaftsbewegung, die Alternativen zu Kapitalismus und Herrschaft anstrebt, die Utopien lebendig machen kann.

Beginnend mit der Diskussionsveranstaltung im November 2005 wollen wir erkunden, ob sich ein solcher Ansatz erfolgreich umsetzen lässt. Diese Broschüre soll ausreichend Material zur Beschäftigung mit dieser Frage liefern.

Syndikalistische Initiative, Wien November 2005

2 Kritik

2.1 Kapitalismus

Die Kapitalismuskritik erfreut sich in der letzten Zeit einer überraschenden Beliebtheit. Und man wundert sich, wer da jetzt aller plötzlich zum/r vermeintlichen GegnerIn dieses bis vor Kurzem noch von beinahe allen so hochgelobten Wirtschaftssystem geworden ist. Also, nichts mehr mit „Ende der Geschichte“, sondern eine neue Ära von Veränderung, gar Revolution?

Wollen wir uns nicht von diesen Pseudo-KritikerInnen hinter das Licht führen lassen, die aus zumeist sehr durchsichtigen Motiven so manche derzeitige *Erscheinung* des Kapitalismus ein bisschen wegretouchiert oder sogar reformiert haben wollen, ohne an den Grundlagen zu rütteln. Uns geht es um die

wirkliche *Abschaffung* und *Aufhebung* des Kapitalismus. Wir wollen eine andere neue Welt, ohne Ausbeutung, Entfremdung und Unterdrückung. Darum ist unsere Kritik des Kapitalismus eine fundamentale und totale.

Kapitalismus ist, wo:

- Der Großteil der Menschen sich halb tot schuften müssen, und dennoch kaum mehr als ihr nacktes Überleben damit sichern können
- Alles und Jedes nur dann zu haben ist, wenn man dafür auch zahlen kann
- Die Chefs und ihre Büttel einen herum kommandieren
- Die Menschen nichts sind und Ware alles ist
- Nichts mehr zählt als der Profit

Wie diese alltägliche und allumfassende Scheiße funktioniert, wollen wir hier kurz darlegen, ohne allzu sehr ins Detail gehen zu wollen. Wer sich für mehr interessiert, sei auf die Literaturliste verwiesen.

2.1.1 Ware, Arbeit und Kapital

Grundlage des Kapitalismus ist, dass die Güter Waren sind. D. h. sie werden am *Markt* verkauft, zu ihrem *Tauschwert*, der dem Anbieter sein Geschäft lukrativ gestalten soll. Den KäuferInnen hingegen interessiert im Allgemeinen der Nutzen der Sache, der *Gebrauchswert*. Dem Verkäufer ist der Gebrauchswert des Zeugs wurscht und nur Vehikel zur Realisierung seines Geschäfts.

Der Warencharakter betrifft aber nicht nur Gegenstände. Im Kapitalismus ist die *Arbeit* selbst Ware. Der Großteil der Menschen besitzt nichts (damit sind Produktionsmittel etc. gemeint und nicht der persönliche Kram) außer ihrer Arbeitskraft. Da alles, das die Leute brauchen oder wollen nur als Ware über den Markt zu beziehen ist, brauchen sie für ihr (Über-) Leben Tauschmittel, sprich *Geld*. Das einzige, das sie am Markt zum Tausch anbieten können, ist ihre Arbeitskraft.

Und diese findet auch ihre AbnehmerInnen, nämlich bei denen, die Produktionsmittel etc. besitzen, den *KapitalistInnen*. Diese kaufen die Arbeitskraft für eine bestimmte Zeit für ihren Tauschwert. In dieser Zeit können sie nach ihrem Gutdünken über die Arbeitskraft verfügen. Für den KapitalistInnen hat die Arbeit einen Gebrauchswert, denn sie lassen in der Arbeitszeit Güter produzieren, die dann ihnen gehören und nicht den ProduzentInnen, den ArbeiterInnen.

Ist der Wert der produzierten Güter höher als der Wert der eingekauften Arbeitskraft (plus der benötigten Materialien etc.), so lukriert diesen der KapitalistInnen. Dieser *Mehrwert* ist die Basis aller *Profite*.

2.1.2 Ausbeutung und Entfremdung

Die Ausbeutung besteht also nicht darin, dass die KapitalistInnen „zu wenig“ für die Arbeitskraft bezahlt, denn er kauft sie zu ihrem (Tausch-) Wert auf den Arbeitsmarkt, sondern in den Eigentums- und Verfügungsverhältnissen an Produktionsmittel.

Genau dort, wo sich die Menschen als Gattungswesen manifestieren, bei ihrer Auseinandersetzung und Gestaltung ihrer Umwelt, bei ihrer Arbeit, sind sie nicht bei sich, sie gehören sich nicht, die Produkte ihrer Auseinandersetzung mit der Welt gehören anderen. Sie sind sich, ihrer Tätigkeit, ihrer Produkte und ihrer Gattung *entfremdet*.

In der entwickelten Warengesellschaft verkehren die Menschen untereinander als ob sie Objekte wären (TrägerInnen von Arbeitskraft, BesitzerInnen von Waren) und die Dinge selbst scheinen belebt zu sein.

Und das Schöne an der „freien“ Marktwirtschaft ist ja, dass man entweder „freiwillig“ mit macht – Leib und Geist feil bietet, um sich mit den Klumps, der angeboten wird, voll zu stopfen – oder ... da ist sonst nichts mehr.

Die Konsumation der Waren stillt die Begierden nicht, sie ist nur Notwendigkeit: Sei es, um grundlegende Bedürfnisse zu befriedigen oder, um sich von der ganzen Unerträglichkeit und Tortur, die dieses Leben für die ProletarierInnen darstellt, abzulenken – nieder zu dröhnen und sich in in einen todesähnlichen Zustand der Bewusstlosigkeit zu versetzen.

Keine Ware wird produziert, um ein persönliches Bedürfnis zu befriedigen, jede Ware wird produziert, um Gewinn, Profit und Rendite für die Kapital-eignerInnen abzuwerfen.

2.1.3 Aber gilt das heute noch?

Die ApologetInnen des Kapitalismus und ihre ClaquerInnen machen einen derartigen Wirbel um Finanzmärkte, Hedgefonds und Globalisierung, dass die Grundlagen allen Reichtums im Gewusel zu verschwinden scheinen.

Auch wenn ein Großteil unserer heutigen Bevölkerung anderweitig beschäftigt ist, entstehen Werte nur in der Produktion durch menschliche Arbeitskraft. Der ganze Maschinenpark und Computerkrams schafft keine neuen Werte, sondern sind selbst nichts anderes als gefrorene Arbeit.

Der ganze Dienstleistungssektor und so weiter dient nur dazu, den in den Waren enthaltenen Wert auch wirklich umzusetzen (z. B. Transport), oder die Ware Arbeitskraft auf dem heute notwendigen Niveau zu produzieren und zu erhalten (z. B. Bildung).

Und ein ganz schön großer Haufen an Ressourcen wird dazu aufgewendet, das gesellschaftliche Klima den Erfordernissen der Kapitalverwertung anzupassen: von Polizei bis Kulturindustrie.

Und die berüchtigte Globalisierung ist, ganz anders als uns das sowohl BefürworterInnen als auch die neuen GegnerInnen weiß machen wollen, ein alter Hut. Das Kapital hat sich schon von Anfang an weder durch politische noch geographische Grenzen aufhalten lassen. Es wütet schon sei eh und je auf der ganzen Welt.

Dieser Begriff ist ein Kampfbegriff. Den BefürworterInnen dient er als Argument, die Einkommen der arbeitenden Bevölkerung zu beschneiden, den GegnerInnen als politischer Gimmick am großen Markt der Ideologien. Aber auch als Transportmittel ganz anderer Botschaften: Finanzmärkte, Bankiers, Ostküste, ...

2.2 Staat und Herrschaft

2.2.1 Herrschaft

Herrschaft ist allgegenwärtig, in jedem Lebensbereich treffen wir sie an. Sei es, dass der/die ChefIn wieder einmal nervt, sei es dass der/die LehrerIn wieder einmal wieder besonders orsch drauf ist, oder im privaten Bereich.

Sie ist derartig allgegenwärtig und gefestigt, dass es absurd scheint, sich ein Leben ohne Herrschaft vorzustellen.

Herrschaft des Staates Der Staat legitimiert seine Autorität mittels Gesetzen, zu deren Durchsetzung er sich der bewaffneten Exekutive und der Justiz bedient. Des weiteren instrumentalisiert beziehungsweise integriert er weitere Institutionen und Organisationen, die sich seinem Durchsetzungsanspruch als nützlich erweisen. Deren Loyalität belohnt der Staat durch Unterstützung und Begünstigungen.

Der Staat operiert nicht als unabhängige und außerhalb der Gesellschaft stehende neutrale Machtinstitution, sondern quasi als Konzentrat der ökonomischen, sozialen und kulturellen Verhältnisse der Gesellschaft. Diese konserviert, verteidigt und schafft der Staat. Verändern sich diese Grundlagen wesentlich, kann das politische System bei ausreichender Schwäche seiner tragenden Klassen revolutioniert werden.

Durch die Justiz und die darauffolgende Bestrafung (Gefängnisse) sanktioniert der Staat unbotmäßiges Verhalten und die Sanktion soll (zumindest theoretisch) andere von solchem Verhalten abschrecken. Im kapitalistischen Staat sind ein überwiegender Großteil aller Straftaten Eigentumsdelikte – wer Brot essen „will“, soll gefälligst arbeiten.

Der Staat versucht Autorität und Herrschaft als etwas Natürliches darzustellen und verschleiert gleichzeitig seine Macht, den Druck, den er produziert, in einem komplex gestaffelten Netzwerk des Gehorsams.

Patriarchat Patriarchat? Unterdrückung der Frau? Gibt's denn so was heute noch?

Frauen können doch jeden Job haben denn sie wollen? Dürfen wählen? Sich scheiden lassen? Bekommen dann sogar noch die Kinder zugesprochen? Also, gibt es diese Unterdrückung noch, oder ist es nur ein „Kampfbegriff“ übereifriger „Linker Emanzen“?

Wenn wir uns die Fakten anschauen, kommen wir zu einem anderen Bild. Nicht nur das Frauen durchschnittlich 1/3 weniger Lohn bekommen, bei gleicher Arbeit.

Frauen werden auch, ganz im Sinne des kapitalistischen System, als ein „Produkt“ angesehen – bestes Beispiel: Werbeplakate, wo mit Frauen in sexueller Pose Mineralwasser verkauft werden soll. Was sich Männer auch immer dabei denken, anscheinend funktioniert die Werbung, ansonsten würden andere Sujets verwendet werden.

Frauen werden hunderte, tausende Kilometer weit verschleppt, um hier als „Erotiktänzerinnen“ zu arbeiten. Manchmal „freiwillig“ um wenigstens eine geringe Chance auf Überleben in dieser Welt zu haben, oft gezwungen um die Bedürfnisse von Männern zu befriedigen (heimische Politiker und Unternehmer nehmen offensichtlich gerne solche „Dienste“ in Anspruch).

Und es sind Frauen die, wenn wir Zeitungen aufschlagen, ermordet, vergewaltigt und halbtot geprügelt werden. Ein Blick in kleinformatige Zeitungen reicht: „Ehemann erschlug Frau nach Streit“, „Familienvater drehte bei Streit durch“, usw.

Zwar können natürlich auch Frauen Gewalt ausüben, auch das lesen wir in Zeitungen, doch ist das Patriarchat eine strukturelle Gewaltausübung, die auf der Diskriminierung aufgrund des Geschlechts beruht.

Das Patriarchat ist nachweislich vor dem Kapitalismus entstanden, es gab schon seit Menschengedenken diese Form der Herrschaft. Mit der Entstehung des Kapitalismus veränderte sich das Patriarchat grundlegend, mit dem „alten“ Patriarchat hat es nichts mehr zu tun. Der Kapitalismus hat das Patri-

archat übernommen.

Im Kapitalismus wird die Frau zur *Ware*, die neben ihrer Arbeitskraft noch den Körper als sexuellen Gebrauchswert auf den Markt einbringt. Andererseits konserviert die patriarchalistische Herrschaft quasi „feudale Besitzrechte“ der Männer an Frauen – seien dies Zuhälter oder „nur“ Ehemänner.

So gab es bis in das letzte Jahrhundert in unseren Breiten, und woanders noch bis heute, Mägde (Landarbeiterinnen), die, völlig rechtlos, auf Bauernhöfe arbeiten mussten und deren Körper jederzeit zur sexuellen Verfügbarkeit für die „Herren“ zur Verfügung stand, ihr ganzes Leben – in Wirklichkeit: Sklavenarbeit.

Das Kinder kriegen dient der Reproduktion Ware Arbeitskraft, der Klasse. Doch anstatt die Lebensbindungen der Frauen zu verbessern wird auf dubiose Anreize gesetzt: War es früher das Mutterkreuz, ist es heute die Aufforderung mehr Kinder zu bekommen, anstatt auf Partys zu gehen. Die Auswirkung der Wurfprämie namens „Kindergeld“ waren wohl nicht hinreichend, denn droht für manche auch noch heute die „Umvolkung“, haben andere „nur“ Angst um die österreichische Identität und unideologische Gemüter befürchten banal, dass ansonsten die Arbeitskräfte ausgehen könnten.

Es ist auch sehr praktisch für den Staat, er muss für Kindererziehung kaum einen Aufwand betreiben, ja selbst für die Versorgung und die „Betreuung“ der arbeitenden Männer kommen die Frauen auf und das ohne jegliche eigene Bezahlung, denn die Familien- und Soziallohnanteile, die der Staat für die Reproduktion gewährt hängen immer noch größtenteils am meist männlichen Familien(haupt)einkommen. Damit werden die familiären Machtverhältnisse durch des Staat finanziell bestätigt.

Wenn Frauen arbeiten gehen (müssen), ist ihr Einkommen meist nur Zusatzeinkommen, trotzdem müssen sich die Frauen weiterhin um Familie und Haushalt kümmern, trotz schlechterer Lohnarbeit. Tun sie es nicht, sind sie „Rabenmütter“ „die ihre Kinder in Stich lassen“, „karrieregeil“ und dergleichen.

Prinzipiell ist ein Kapitalismus ohne patriarchale Unterdrückung der Frauen denkbar. Die uns bekannten Ausformungen von Kapitalismus und Staat fußen auf der Integration der älteren patriarchalistischen Unterdrückung der Frauen. Modernisierungsströmungen versuchen eine kapitalistische Gesellschaft auf Basis der Geschlechtergleichberechtigung durchzusetzen. In Österreich ist dieses Projekt noch nicht allzuweit gelungen.

Aber mit einer Beseitigung des Kapitalismus (wie diese auch aussehen mag) alleine ist es nicht getan. Ohne sich jetzt lange in eine Diskussion über Haupt- und Nebenwidersprüche zu vergehen, die gesellschaftliche Geschlechterdifferenz fußt nicht allein in den ökonomischen Verhältnissen und der Organisa-

tion der Reproduktion. Auch in und nach einer sozialen Revolution wird der Geschlechterfrage noch genügend Aufmerksamkeit geschenkt werden müssen.

Religion Die Hoffnung auf eine bessere Welt ist wohl in jedem Menschen vorhanden. Aber anstatt an eine bessere Welt in diesem Leben zu hoffen, wollen uns Kirchen weis machen, das es ein besseres „Leben“ nach dem Leben geben könnte.

Abgesehen davon, das die Kirchen sehr gut und reich von diesem Glauben leben, wer dürfte in diese bessere Welt?

Die die sich unterordnen, die die sich der absoluten Macht eines vermeintlichen Gottes und seiner Stellvertreter hier zu Erden hingeben.

Der Machtanspruch der Kirche ist ein anderer als der des Staates, sie hat kein Interesse an nationale Grenzen, an ökonomischen Belangen, sie will die Unterwerfung des Geistes der Menschen.

„Die ökonomischen Interessen der Kirche sind diesem Machtstreben durch die Idee bewusst untergeordnet. Die Anhäufung irdischer Güter, auf die sich die Kirche gewiss nicht schlecht versteht, dient dem Ausbau ihrer Organisation, ihres ungeheuren Beeinflussungs-Apparates und ihrer Konkurrenzfähigkeit mit den nur auf wirtschaftliche Potenz gestellten Mächten. [...]

Da das Machtstreben des Staates für das übergeordnete Kapital die Kreise des eigenen Machtstrebens nicht stört, unterstützt die Kirche den Staat gegen entsprechende Gegendienste in der Niederzwingung des Proletariats unter den Willen der Besitzer der Produktionsmittel. Als Gegenleistung stärkt der Staat die Macht der Kirche mit den Mitteln seiner Gesetzgebung.“ (Erich Mühsam, Staat und Kirche (1927), [9])

Ein Beispiel hierfür sind die Gesetze die sich gegen die „Herabwürdigung“ der Kirche richten. Für keine andere Interessenvertretung hat der Staat derartige Gesetze gemacht.

2.2.2 Der moderne Staat

Der moderne Staatsbegriff entstand im 17. Jahrhundert, das entscheidende Merkmal ist das Gewaltmonopol des Staates. Diese monopolisierte Staatsgewalt ergibt sich, nach Staatstheoretikern, aus den unsozialen und egoistischen Verhalten des Menschen. Laut dieser Theorie muss der Staat durch Gesetze regulativ und ordnend eingreifen.

Der kapitalistische Staat Der moderne Staat ist ein kapitalistischer Staat.

In dem der Staat mittels Gewalt die Interessen des Kapitalismus durchsetzt, sperrt er automatisch die Bevölkerung von den Produktionsmitteln aus. Im

Kapitalismus hat alles einen Wert und ist alles von Wert Privatbesitz. Die Eigentumstitel an Produktionsmittel und Waren setzt der Staat mittels seiner Gewalt durch.

Industrie-, Handels- und Bankkapital verwachsen zum monopolistischen Finanzkapital, das weitgehend eine marktbeherrschende Stellung erheischt. Die Monopole ordnen sich im steigenden Maße dem Staatsapparat unter, durchdringen die gesamte Gesellschaft und bestimmen weitgehend Wirtschaft und Politik. Diese Form heißt „Staatsmonopolistischer Kapitalismus“ kurz: Stamokap.

Der Stamokap zeichnet sich durch das zweckmäßige Verknüpfen der Monopolverbände der großen Konzerne mit den staatlichen Organen aus. Dadurch entsteht eine effiziente politisch-ökonomische Herrschaftsstruktur, die alle Bereiche durchdringt. Die Mechanismen des Stamokap sind nun durch die staatliche Absicherung der gesteigerten Machtposition der Großunternehmen, durch die wechselseitige Einflussnahme von Politik und Wirtschaft, die im Interesse eben der Monopole geschieht gekennzeichnet.

Der nationale Staat Der moderne Staat ist ein Nationalstaat.

Die Bildung eines nationalen Bewusstseins und damit des Volksbegriffes entstand in den einzelnen Staaten zu unterschiedlichen Zeiten und Voraussetzungen.

In Frankreich war es das Konzept gegen den monarchistischen Absolutismus, was einen Volksbegriff nach sich zog, der auf Freiheit und Gleichheit basierte. In Deutschland und Österreich hingegen entstanden die Vorstellung von Nation und Volk, in der Romantik, also in einer Zeit der Mystifizierung der eigenen Abstammung und basiert auf der Idee des gemeinsamen „Blutes“. Die Glorifizierung und der Glaube an die Besonderheit des eigenen Volkes, des deutschsprachigen Volkes, war für die Bildung der deutschen Nation ein wichtiges Element (und damit auch für die deutschsprachigen ÖsterreicherInnen, die sich ja als Deutsche sahen).

Der Staat sorgt für eine nationale und homogene Kultur. Wer diesen nationalen Bewusstsein widerspricht und sei es nur durch die Weigerung der Verteidigung gemeinsamer Werte, stellt sich außerhalb dieser Gemeinschaft und wird so zu einer Bedrohung der Nation. Der Nationalstaat, der sich auf einer Zusammengehörigkeit, sei sie religiös, ethnisch oder sprachlich, beruft, schließt Minderheiten aus und unterwirft sie einem Assimilationsdruck.

Rassismus Der moderne Staat ist ein rassistischer Staat.

Die Konstruktion eines Anderen, sei es auf Grund anderer Kultur oder

vermeintlicher „biologischer“ Eigenschaften, als angebliche Gefahr für die nationale Identität, ist ein typisches Merkmal eines nationalen Staates.

Ob es angeblich drogendealende SchwarzafrikanerInnen sind, oder Diebesbanden aus Rumänien, das Muster ist das gleiche: es wird ein Feindbild aufgebaut, das angeblich versucht die Gesellschaft zu unterwandern, dem niedere Verhaltensmuster angedichtet werden. So sind z.B. „Die Neger“ für manche PolitikerInnen „besonders aggressiv“, „die Rumänen“ alle Auto-Diebe. „Die Slowenen“ die, die einen das schöne Kärnten wegnehmen wollen, „die Polen“ die, die einen die Arbeit wegnehmen. Alle mitsamt aber angeblich dem „eigenen“ Volk und Kultur unterlegen – na, wer hat den einen Mozart hervorgebracht?

„Teile und Herrsche“!

Antisemitismus Eine besondere Form des „Teile und Herrsche“ stellt der Antisemitismus dar. Vor allem in Österreich.

Basierend auf mittelalterlichen, katholischen Antisemitismus, der schikanöse Berufsverbote genauso hervorbrachte wie Vertreibungen und Pogrome, entwickelt sich der Antisemitismus gerade im Wien des 19. Jahrhunderts zum rassistischen Antisemitismus. Aufklärung und bürgerliche Revolution wurden in der Habsburgermonarchie im Keim erstickt, der Liberalismus konnte sich nur als konservativer Wirtschaftsliberalismus im katholischem Korsett entwickeln.

Im klerikal-reaktionären Klima verortete der obrigkeitshörige Mittelstand die Bedrohung ihrer atavistischen Lebensvorstellungen durch die industriekapitalistische Modernisierung und die aufstrebende ArbeiterInnenbewegung in einer jüdischen Verschwörung. Wobei die klerikalen Ressentiments mit Falschinterpretationen neue naturwissenschaftlicher Erkenntnisse (Darwinismus) zu einer Theorie eines biologistischen, rassistischen Antisemitismus vermengt werden.

Hitler konnte seinen mörderischen Antisemitismus *nur* in Wien finden, wo schon der ganze Irrsinn der Nazi-Ideologie von einer Vielzahl antisemitischer „TheoretikerInnen“ gepredigt wurde.

Auch nach der Shoa und nach der notwendigen gewaltsamen Zerschlagung des Nationalsozialismus durch die Alliierten, ist der Antisemitismus ein immanentes Element der österreichischen Gesellschaft geblieben. Strukturell in der kollektiven Verweigerung Schuld einzugestehen und Entschädigungen zu leisten, aktuell in immer wiederkehrenden eruptiven Ausbrüchen, bei denen die eingelernten Reflexe noch immer sehr gut funktionieren (Ostküste und so).

2.3 Gewerkschaft

Die Gewerkschaften, wie wir sie kennen (der ÖGB in Österreich), verstehen sich keineswegs als Organisationen, die dem Kapitalismus zu Leibe rücken wollen. In erster Linie sind die Gewerkschaften, nach Berufsbranchen organisiert, für Tarifverhandlungen mit der Vertretung der Unternehmen (wiederum nach Branchen, wie z.B. ÖBB, Metall, Post oder allgemein Bundeswirtschaftskammer) zuständig. Gewerkschaften beteiligen sich an der Gestaltung der Umstände der Arbeitssituation (Arbeitszeiten, Ruhezeiten, Mehrarbeit), setzen in Kollektivverträgen Extraregelungen durch (13. und 14. Monatsgehalt) und verhandeln in Krisensituationen (Personalabbau) um „soziale Lösungen“.

Die (vermeintliche?) Stärke des ÖGBs innerhalb der österreichischen Gesellschaft fußt in der Befriedungstrategie im Folge der Blockkonfrontation zwischen Ost und West, die die heimische ArbeiterInnenklasse in die Hegemonie der kapitalistischen, bürgerlichen Demokratien einzubinden trachtete.

Die in der Sozialpartnerschaft „aufgehobenen“ Klassenkonflikte verschafften dem österreichischen Proletariat ein reichlich angenehmes Leben – zumindest im Gegensatz zu ihren KollegInnen im Osten.

Mit dem Zusammenbruch des „Realexistierenden Sozialismus“ ist diese inner-österreichische Variante des „Sozialismus“ obsolet geworden – so zumindest der Tenor der schwarz/rechts-rechten Wenderegierung anno dunnemal.

Die Gewerkschaften, über Jahrzehnte in der bequemen Lage, sich nicht mit dem Tabu *Klassenkampf* beschäftigen zu müssen, wurden von dieser Entwicklung überrannt und suchen noch immer nach einem Ausweg. Denn die Unternehmen begannen sofort die neue globale Situation auszunutzen. Mit dem Schlachtruf „Lohn-(neben-)kosten senken“ wird die Produktion dorthin verschoben wo immer auch es etwas billiger geht.

Die Reaktion der Gewerkschaften war und ist defensiv: Um Arbeitsplätze zu erhalten wird der Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, der Ausgliederung an prekäre Arbeitsverhältnisse und der Einkommenschmälerung zähneknirschend zugestimmt.

Was rausschaut? Mehr Arbeit für weniger Lohn! Und ohne Perspektive eines Widerstandes, einer Veränderung, was sollen die Leute tun – der Mensch braucht was zum Fressen, ein geheiztes Dach über den Kopf. Dann muss halt ein zweiter oder dritter Job her.

Natürlich kann man einwenden: Was sollen die Gewerkschaften schon groß tun? Gegen den politischen Mainstream? Man kann doch nicht ...

Historisch in der reformistisch-sozialdemokratischen Tradition eingebunden, transportieren gerade die Gewerkschaften noch immer das bedingungs-

lose „Ein Hoch der Arbeit“ unabhängig davon, dass die Umstände der Existenz schon immer mehr umfassten als das Schuftentum um jeden Preis. Arbeit unter den Bedingungen der Lohnarbeit kann nie mehr sein als Vehikel für ein halbwegs angenehmes Leben.

Der Fetisch der Arbeit hingegen überhöht noch jedes Jammertal über den Müßiggang, das Durchschnorren und Weiterwurschteln. Und ohne pseudo-psychologisierende Erklärungsmodelle: die Gewerkschaften haben den Arbeitsfetisch schon immer weitergetrieben als die Profiteure auf der kapitalistischen „Gegen“-Seite.

Einen Ausweg finden tut schwer. Denn vom Fetisch der Arbeit zur Verachtung und Hetze auf „Sozialschmarotzer“ ist es nicht mehr weit. Gerade die klassischen Kernschichten der traditionellen Gewerkschaftsbewegung waren immer sehr solidarisch untereinander und sehr abschätzend den unteren Schichten gegenüber.

Die Gewerkschaft hat den Klassenkampf nicht geführt. Sie hat ihn zu institutionalisieren versucht, in der Sozialpartnerschaft. Sie war und ist reformistisch. Den Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit aufzulösen kam ihr nie in den Sinn, nur: ein bisschen weniger Schinderei, ein wenig mehr Lohn. Die Spielregeln des Kapitalismus wurden nicht in Frage gestellt.

2.3.1 Wen vertritt den der ÖGB überhaupt?

Allen, durchaus ehrlich gemeinten Versuchen der Anpassung an die soziale Entwicklung trotz, vertreten die Gewerkschaften vor allem immer noch jene Elite des Proletariats, von der sie ursprünglich gegründet wurde: den weißen, männlichen Facharbeiter.

Und aus dieser Schicht rekrutiert sich noch immer ein Großteil des Funktionärs- und Sekretärsapparats der Gewerkschaften – besser unter der verachtenden Bezeichnung „Beton-Schädln“ bekannt.

Und die Apologeten dieser Häme, reaktionäre Unternehmer und ihre hetzerische Journaille, meinen damit vor allem das einzig Gute, das man den „Beton-Schädln“ nachsagen kann: Ihre Unerbittlichkeit bei der Verteidigung des erreichten Standards. Wo sich aber Reaktion und „Beton-Schädln“ mehr ähneln als letzteren lieb sein mag, ist ihre Mysogynie (Frauen haben sich gefälligst um Kinder, Küche etc. zu kümmern), ihr Rassismus (de so in doch z'erst amoi gscheit deitsch learnan) und ihr Statusdenken („Das Lumpenproletariat, diese passive Verfaulung der untersten Schichten [...] bereitwillig[er] [...], sich zu reaktionären Umtrieben erkaufen zu lassen.“ Karl Marx, Friedrich Engels, Manifest der Kommunistischen Partei [5]).

Und genau diese „Resistenz“ der Gewerkschaften den Veränderungen in

der Gesellschaft gegenüber bringt sie ordentlich in die Bredoullie. Das Vordringen von Teilzeitarbeit, unechter Selbstständigkeit und sonstiger Formen der prekären Arbeit schafft eine neue Schicht an Arbeitskräften, die von der klassischen gewerkschaftlichen Organisation nicht erfasst werden.

Zarte Versuche, diesen Sektor einzubinden, dümpeln vor sich hin. Wilde Streiks, wie etwa beim Wiener Fahrradbotendienst „Veloce“, werden spät, aber doch, durch die Gewerkschaft (hier die GPA) unterstützt. Aber in typischer Verhandlungsmanier, bei der ja doch ein Teil der Forderungen umgesetzt wird währenddessen die Eigeninitiative der KollegInnen sehr effektiv abgewürgt wurde.

Die Aufspaltung der Gewerkschaften in traditionelle Bran/-chen-Gewerkschaften ist inzwischen weitgehend obsolet und kontraproduktiv. Warum sind PostlerInnen in einer eigenen Gewerkschaft, währenddessen die KollegInnen in den privaten Zustelldiensten in der GPA oder HTV organisiert sind?

Ohne Bereitschaft zum Klassenkampf und ohne grundlegende Analyse der sozio-ökonomischen Verhältnisse bleiben die Gewerkschaften immer nur ein „Verein“, der die Interessen seiner Mitglieder vertritt. Immer noch sehen viele GewerkschafterInnen ihre Verbündeten in UnternehmerInnen mit denen sie die Bedingungen der Ausbeutung verhandeln und ihre Gegner in der Konkurrenz durch Frauen, MigrantInnen und SozialhilfeempfängerInnen.

Und so traurig es ist, gerade die Klientel, auf die die Gewerkschaften bauen weist einen sehr hohen Anteil an rechtsextremen Denkmustern auf. Alle redlichen Motive sind in den Wind geschrieben, wenn nicht strukturell entgegengewirkt wird, jegliche Aufklärung bleibt unvollständig, wenn nicht der Schritt getan wird, Antagonismen (an-) zu erkennen und dementsprechende Strategien zu entwickeln.

2.3.2 Die Stellvertreterpolitik – ein hierarchisches Konzept

Gewerkschaften, wie wir sie kennen, sind hierarchisch und zentralistisch aufgebaut. Die SekretärInnen sind Angestellte der Gewerkschaft, eine Wahl der SekretärInnen und FunktionärInnen (BetriebsrätInnen) durch die Gewerkschaftsmitglieder ist nicht vorgesehen. Die BetriebsrätInnen werden in ihren jeweiligen Betrieben von *allen* KollegInnen gewählt. Die BetriebsrätInnen selbst können dann die Besetzung mancher Gremien durch Wahl mitbestimmen. Die wesentlichen Entscheidungen werden aber aufgrund der Fraktionierung der BetriebsrätInnen bzw. der Betriebsratslisten bestimmt (z.B.: FSG – Sozialdemokratische GewerkschafterInnen, AUGÉ/UG – Alternative und Grüne GewerkschafterInnen etc.).

Die Mitbestimmungs- und Mitwirkungsmöglichkeiten der einfachen Ge-

werkschaftsmitgliederInnen sind marginal oder gar nicht vorhanden. Alle wichtigen Entscheidungen treffen Personen oder Gremien, die nur „sehr indirekt“ durch die Basis legitimiert sind.

Da es in Österreich kein „Streikrecht“ gibt, hat es sich eingebürgert, dass Streiks dann „offiziell“ sind, wenn die Gewerkschaft zustimmt. Aber auch, wenn sich 100% einer Belegschaft für einen Streik in einer Abstimmung aussprechen, ist dies noch immer ein „wilder Streik“, wenn die Gewerkschaft nicht zustimmt.

Viele kleine FunktionärInnen und SekretärInnen, die es aus Überzeugung etwas bewirken zu können, auf sich nehmen, auch Zeit neben ihrer Arbeit aufzuwenden, um sich um der Anliegen ihrer KollegInnen zu widmen, machen bald die frustrierende Erfahrung, dass eigentlich nichts geht, denn die Gewerkschaftsbosse halten sie an der kurzen Leine. Eigeninitiative ist eben nicht erwünscht. So werden gerade die FunktionärInnen vor Ort zur Zielscheibe des Zorns ihrer KollegInnen, weil sie für die Untätigkeit und Abgehobenheit der Gewerkschaft verantwortlich gemacht werden. Als Blitzableiter sind sie gut genug. Und nicht wenige werfen bald das Handtuch.

Das Hierarchiekonzept schafft letztlich nicht nur Frustration auf allen unteren Gewerkschaftsebenen, und verhindert den Klassenkampf dort, wo er eigentlich geführt werden müsste, nämlich am Arbeitsplatz. In den Konferenzräumen der Unternehmen und Wirtschaftskammer findet er gewiss nicht statt und da gehört er auch nicht hin.

3 Perspektiven des Syndikalismus

3.1 Die Eroberung des Kuchens

Das Wort Revolution wird mit Gewalt, Mord, Vergewaltigung etc. in den bürgerlichen Medien in Verbindung gebracht. Als Anarchie wird jeder Zustand bezeichnet, in der die staatliche Ordnung zusammengebrochen ist, seien es nun eben Revolutionen oder auch Naturkatastrophen.

Hier mal nur kurz zu dem Begriff Anarchie: Anarchie leitet sich aus dem Griechischen (an = Negation; arche „Herrschaft“) ab und bedeutet ursprünglich Abwesenheit von Herrschaft durch Einzelne („Führer“).

Wenn von Katastrophengebieten gesprochen wird, dann ist der Begriff Anomie gemeint: Anomie (aus dem Griechischen: a- = „un-“, nomos = Ordnung) – also das Fehlen von Ordnung.

Wie Immanuel Kant schon sagte: *„Anarchie ist Ordnung ohne Herrschaft.“*

Aber was bedeutet Anarchie?

3.1.1 Keine Herrschaft – kein Staat

Laut herrschender Ideologie braucht es Herrschaft, wenn es die nicht gäbe, würden Gewalt und Chaos ausbrechen.

Was viele aber dabei vergessen ist, dass es schon seit Menschengedenken das Prinzip der „Gegenseitigen Hilfe“ gibt, es hat immer schon Zusammenschlüsse von Menschen gegeben, die sich gegenseitig helfen. Auch heute noch gibt es sie: Sei es die Wohngemeinschaft, die mehr will außer billiger wohnen, sei es die/der NachbarIn die einmal die Kinder hütet, wenn's zu stressig ist. All das gibt es schon – *ohne* dass der Staat regulierend eingreifen muss. Auch in größeren Zusammenhängen ist das möglich, so waren die ursprünglichen Konsumgenossenschaften Selbstorganisationen der ArbeiterInnenbewegung und nicht des Staates.

Gegenseitige Hilfe ist nicht nur möglich, sie wird schon heute selbstständig und selbstbestimmt gelebt.

Ein Staat wird seine Interessen immer schützen und das bedeutet in einer kapitalistischen Gesellschaft: er wird immer den Kapitalismus schützen. Aber noch viel mehr, er wird es niemals zulassen, dass sich an gegebenen Herrschaftsverhältnissen sich etwas Grundlegend ändert.

Eine soziale Befreiung kann nur ohne Staat funktionieren.

Auch die Mär von der Notwendigkeit der Herrschaft ist erstunken und erlogen. Es gibt genug historische Beispiele, dass dem nicht so ist: z. B. Spanien. Während des spanischen Bürgerkriegs (um 1936) gab es viele Beispiele von anarchistischer Organisation. So wurden Fabriken anarchistisch geleitet von den dort arbeitenden ArbeiterInnen und zu aller Erstaunen, ging es den ArbeiterInnen nicht nur besser, auch stieg die Produktion.

Aber auch in unserem heutigen Leben zeigt sich: es braucht keine Herrschaft – es gibt Gemeinschaften, die ohne Chefs auskommen, ohne einen, der bestimmt. Sie regeln das in Diskussionen.

Und wenn laut herrschender Theorie, die Familie die Keimzelle der jetzigen Gesellschaft ist – dann sind freie Zusammenschlüsse von Menschen die ohne Herrschaft auskommen, die Keimzelle einer anarchistischen Gesellschaft. *Es kann funktionieren!*

3.1.2 Die Eroberung des Brotes

Brot? Haben wir doch genug! Oder?

Leider stimmt das so nicht, denn es gibt viele Menschen, auch in Österreich, die nicht genug zum Essen haben, denen es an Lebensnotwendigem mangelt.

Aber wenn AnarchistInnen und SyndikalistInnen von der „Eroberung des

Brot“ sprechen, meinen sie die *Vergesellschaftung der Produktionsmittel*.

In einer befreiten Gesellschaft müssen die Produktionsmitteln allen gehören (oder auch: keinen), nur so ist gesichert, dass Produktionsmittel kein Herrschaftsinstrument sind. Die Verteilung funktioniert nach dem Prinzip: „jedem/jeder nach seinen/ihren Bedürfnissen, Wünschen und Interessen“.

Das funktioniert. Heute wird die gesamte Produktion vermarktet, muss der Mensch seine Arbeitskraft verkaufen um überleben zu können. Sind aber in einer Gesellschaft die Produktionsmittel in der Hand der Gesellschaft selber, ist das nicht mehr notwendig, denn die Produkte gehören allen.

In einer derartigen Gesellschaft ist auch Geld nicht mehr notwendig, warum auch? Die Produkte gehören allen.

Z. B.: EinE BauerIn produziert Getreide, gibt dieses an die Gemeinschaft ab, und erhält von dieser Lebensmittel und andere Gebrauchsgüter. EinE BäckerIn produziert mit dem Getreide Brot, das gratis erhältlich ist (Geld gibt es ja keines mehr). Ihr/Sein Radio repariert der/die ElektrikerIn, einE ArztIn behandelt Erkrankungen . . .

3.1.3 Arbeit schändet!

Arbeit schändet – das wissen wir alle. Das Lügenmärchen, dass Arbeit adeln soll, kann jedeR entkräften die/der arbeiten geht, oder gezwungen ist, sich Arbeit suchen zu müssen.

Jeden Tag aufstehen, ab in die Firma, der Stress, der Druck, alle kennen wir das.

Dass einige glauben mögen, dass Arbeit doch adelt, mag daran liegen, dass sie heute identitätsstiftend ist. Selbst die Gewerkschaften glauben offenbar, dass wenn alle Arbeit haben, die Gesellschaft in eine Art Superorgasmus verfällt.

Aber dieser Glaube ist auch nur ein Herrschaftsinstrument, der Glaube an das Wundermittel „Arbeit“ lässt eine/n besser dastehen, zumindest besser als Arbeitslose. Und wer dazu noch eine „guteArbeit hat, der/die hat sowieso das große Los gezogen.

Aber ist das auch so? Oder ist es nicht vielmehr so, das wurscht ob KanalräumerIn oder SuperhyperstylingberaterIn, Menschen heute arbeiten müssen um zu überleben, dass wenn es einmal nicht so passt der/die CheffIn zum stressen beginnt, das dann die Drohung im Raum steht, gekündigt zu werden, dass dann die Arbeitslosigkeit winkt, der soziale Abstieg? Arbeit schändet!

Auch in einer befreiten Gesellschaft gibt es Arbeit, irgendwer muss den Dreck wegräumen und irgendwer muss das Brot backen etc. In einer derartigen Gesellschaft ist Arbeit nicht Voraussetzung der individuellen Möglichkeit

zum Konsum. Die Arbeit trägt nicht zur Bereicherung privater BesitzerInnen von Produktionsmittel bei, das Kommando der EignerInnen ist aufgelöst.

Lästig ist diese Arbeit aber trotzdem. Daher ist es notwendig, sie auf ein Minimum zu beschränken – mittels Technologie. Hängt heute die Technologie und der massive Einsatz dieser, als Damokelschwert „Arbeitslosigkeit“ über viele ArbeiterInnen, ist die Technologie in Wirklichkeit der Schlüssel für ein besseres Leben.

Wenn heute Firmen ArbeiterInnen entlassen und anstatt dessen Roboter einsetzen, zieht allein die Firma daraus einen Gewinn, denn die muss keinen Lohn mehr ausbezahlen, während die ArbeiterInnen trotzdem Lohnarbeiten müssen.

In einer vom Kapitalismus befreiten Gesellschaft nimmt sie einen unnötige Arbeit ab.

Daher: Soviel Technik wie möglich.

3.1.4 Die Eroberung des Kuchens - oder: Genug kann nie genügen

Aber die Eroberung des Brotes allein reicht nicht, sie dient nur dazu, das Überleben zu sichern.

Die Zeit, die Dinge zu tun, die man gerne tun möchte, die Freizeit – darin liegt das eigentliche Ziel.

Da es keine Arbeitshetze mehr gibt, keine Herrschaft die einen vorschreibt was man glauben soll und tun muss, ergeben sich ungeahnte Möglichkeiten, seine eigenen individuellen Neigungen, geistigen und künstlerischen Bedürfnissen nachzugehen.

Nicht Arbeit ist die Erfüllung des Lebens, nein, das genaue Gegenteil. Es ist das Faulenzen, der Müßiggang. Das, was heute als „unproduktiv“ gilt.

3.1.5 Ein Traum?

Ist das überhaupt möglich?

Ja! Ein Anfang sind selbstorganisierte Gruppen, die sich gegenseitig helfen, selbstbestimmt und „bedingungslos“. Die ein besseres Leben ermöglichen, als alleine ums Überleben zu kämpfen. Es gibt genug Beispiele in der Geschichte – die schon erwähnte spanische Revolution, die Gemeinschaften in der Ukraine in den 20er Jahren oder diverse Selbstorganisierungen in den Klassenkämpfen. Und auch heute ist gegenseitige Hilfe weiter verbreitet als es den ApologetInnen des Marktes lieb sein kann. Eine derartige Gesellschaft wird es nicht von Heute auf Morgen geben, dazu braucht es schon mehr als schöne Worte, es braucht den Willen dazu und das Wollen, Derartiges umzusetzen.

3.2 Möglichkeiten zur Organisation

3.2.1 Prekäre Arbeitsverhältnisse

Prekäre Arbeitsverhältnisse sind – kurz gesagt – jene, deren Lohn, aber auch unregelmäßige Arbeitszeiten dazu führen, dass die Existenz der Betroffenen ernstlich bedroht ist. Immer höheren Lebenserhaltungskosten stehen immer niedrigere Löhne gegenüber. Die Zahl solcher Jobs steigt. Hauptsächlich davon betroffen sind Frauen und MigrantInnen. Solche Jobs können recht unterschiedliche Formen aufweisen: Teilzeitjobs, Saisonberufe, Jobs auf Abruf, Jobs auf Probe, Scheinselbstständige. Nicht selten wird das Personal durch die Betriebe nicht selbst eingestellt, sondern durch Leiharbeitsfirmen. Immer mehr Personal wird durch das AMS in solche Beschäftigungsverhältnisse gedrängt – um ihre Statistik aufzubessern?

Viele, die in prekären Verhältnissen beschäftigt sind, wechseln alle paar Monate den Job. Zum niedrigen Gehalt kommen oft genug überzogene Arbeitszeiten. Eine gewerkschaftliche Organisation fehlt hier überwiegend. Einerseits wegen des oftmaligen Berufswechsels, andererseits aus mangelndem Interesse seitens der Gewerkschaften. Hinzu kommt auch die Angst der Betroffenen, nach verlorener Auseinandersetzung mit der Chefität noch schlechter dazustehen.

Dies gilt es auch zu berücksichtigen, wenn wir in diesem Bereich von syndikalistischen Perspektiven sprechen. Auseinandersetzungen gibt es doch immer wieder, und einige auch mit Teilerfolgen. Hieran gilt es anzuknüpfen. Denn wo stets über alle Branchen hinweg in unterschiedlichen Rechtsverhältnissen oft die Arbeit gewechselt wird, versagt die traditionelle Organisationsform der Gewerkschaften.

Unterstützung bei individuellen und kollektiven Auseinandersetzungen, Herstellen von Kommunikationskanälen, Beratungen und letztendlich Analyse der Situation kann die betroffenen vereinzelt KollegInnen zusammenführen und in ihrer Situation organisieren.

Und gerade Bereiche, wo prekäre Arbeit eingesetzt wird – z. B. „Just-in-time“ Produktion bieten eine Vielfalt an Interventionsmöglichkeiten. Geringe Produktionsausfälle können für UnternehmerInnen schon das Gewinnziel vermiesen.

3.2.2 Arbeitslose

Sie bilden im Kapitalismus den Diskontladen an Arbeitskraft. Je mehr Arbeitslose, desto mehr Kosten entstehen für das Staatssäckel, desto mehr steigt der politische Druck, die Arbeitslosenzahlen zu minimieren. Weil im Kapita-

lismus aber das, was nicht gebraucht wird, immer billiger wird, um es doch loszuwerden, so versuchen auch die Arbeitsmarktagenturen, die Leute so billig wie möglich loszuwerden. So billig wie möglich für die Betroffenen, versteht sich. Die Unternehmen freuen sich, weil die Lohnausgaben sinken. Und weil noch ein wenig mit den Existenzängsten gespielt wird, lässt man die Arbeitslosen für wenig Geld wie möglich soviel wie möglich rackern. Arbeitslosigkeit und prekäre Arbeitsverhältnisse hängen also eng zusammen. Sicher gibt es welche, die aus der Not heraus wirklich alles annehmen. Die meisten werden allerdings nicht einsehen, warum sie für Arbeit weniger Geld sehen sollen wie bei der Arbeitslosenunterstützung. Also wird Zwang ausgeübt. Die Organisation dagegen ist schwer:

„Es ist der französische Philosoph und Soziologe Bourdieu, dem die pessimistische Prognose nachgesagt wird, dass die Arbeitslosen für den sozialen Kampf nicht zu gebrauchen seien. Ihnen fehle schlichtweg eine gemeinsame Identität, die ansonsten durch die Arbeit hergestellt werde. Also durch den Rhythmus der Fabrik, die Arbeit in einer ähnlichen Branche/Berufsgruppe etc. Es lohnt sich tatsächlich, eine Weile über diese These nachzudenken. Die Versuche, das riesige Potential der Arbeitslosen in politische, gewerkschaftliche oder sonstige Organisationen einzubinden sind zahlreich, die Erfolge bescheiden. Tatsächlich ist die Arbeitslosigkeit nicht besonders identitätsstiftend. Die Leute sehen sich als alles mögliche. Dass sie nebenbei auch Geld vom Arbeitsamt beziehen, macht sie noch lange nicht zu Brüdern und Schwestern.“ (Direkte Aktion Nr. 170)

Dennoch, das Klima hat sich verschärft. Zumutbarkeitsregelungen werden entschärft, Arbeitslosengeld bei den kleinsten Vergehen gesperrt, Leute von einem Termin zu anderen gehetzt, der „Kombilohn“ (befristete Niedriglohnjobs, die auch noch von Steuergeldern subventioniert werden) angedacht.

Es ist also schon an der Zeit, dass sich Arbeitslose zu Wehr setzen, was effektiv nur über eine Organisation möglich ist. Wie? Schwierig.

Es gibt und gab immer wieder kleinere Initiativen, die über das Initiativstadium nicht hinausgekommen sind. Manche hatten durchaus gute Ansätze, nämlich Widerstand mit Beratung zu verbinden. Und das wäre erneut einen Versuch wert.

Was können Arbeitslose aber aktiv tun? Ein „Streik“ im Sinne der Arbeitenden ist nicht möglich, dazu bräuchte es eine prall gefüllte Arbeitslosenstreikkasse. Es geht eher darum, sich in der Öffentlichkeit lautstark zu artikulieren, und die Arbeitslosendebatte nicht der Politik, den „ExpertInnen“ und der Journaille zu überlassen.

Die Arbeitslosenproteste im Jahre 1998 in Frankreich haben gezeigt, wie es vielleicht gehen könnte: Tagelang haben Zigtausende Arbeitlose, MigrantIn-

nen und Gewerkschaften fast aller Couleurs das öffentliche Leben in Frankreich lahm gelegt, und die Öffentlichkeit auf ihre Anliegen aufmerksam gemacht. Und sie hatten die Sympathien auf ihrer Seite. Manche der Forderungen, wie etwa mehr Geld, wurden auch durchgesetzt.

Dies sollte schon klargestellt werden, wenn ein neuer Anlauf zu einer Arbeitsloseninitiative genommen wird. Eine syndikalistische Organisation – propagiert sie doch die Selbstorganisation in allen Lebensbereichen – wird um die Arbeitslosen nicht herumkommen, sie aber auch nicht isoliert betrachten. Es sollten ihre arbeitslosen Mitglieder sein, die einen solchen Anlauf unternehmen.

3.2.3 Aktivitäten syndikalistischer Initiativen

Mal ehrlich: eine Gewerkschaft ist noch lange keine, weil sie sich so nennt. Am Anfang steht immer die Initiative, die ist naturgemäß klein und organisiert nicht die Masse der Werktätigen zum finalen Kampf in der sozialen Revolution.

Nichtsdestoweniger: die wollen wir aber. Der Weg dorthin führt über zahllose Auseinandersetzungen, die unser Dasein etwas erträglicher machen sollen.

Und genau diese Auseinandersetzungen, das Benennen von dem vielen was wir wollen, aber nicht haben, soll öffentlich propagiert werden. Es wird nicht viel helfen, uns auf die Straße zu stellen, und den Leuten erklären, welche IdiotInnen sie nicht sind, weil sie sich täglich auf den Schädel schießen lassen. Es geht um nichts weniger als um die Teilnahme an konkreten sozialen Auseinandersetzungen, und nicht darum, vor den Werktoeren oder sonst wo zu stehen, und den HacklerInnen zu erklären, wie es gemacht wird.

Eine solche Organisation kann nur auf dem Solidaritätsprinzip funktionieren, und versuchen, organisatorische, rechtliche und finanzielle Unterstützung zukommen zu lassen. Und das geht nur über eine Organisation, die über das Potential verfügt, die sich verbindlich trifft, und auch verbindlich arbeitet, die sich rechtliche Kenntnisse aneignet, und diese auch weitergibt, die finanzielle Mittel aufstellt, um die Folgen für die Betroffenen einer Auseinandersetzung abzufedern. Das geht nicht von Anfang an – aber da müssen wir hin.

Zunächst müssen wir uns darauf konzentrieren, bei sozialen und betrieblichen Auseinandersetzungen die Stimmung anzuheizen, und zwar, einfach Grundsätzliches zu verbreiten. Warum mal nicht bei einer betrieblichen Auseinandersetzung einen Infotisch unter dem Motto „Chefs Ende“ machen? Oder warum nicht solche Auseinandersetzungen (auch welche außerhalb Österreichs) mit Infotischen, Plakaten, Zeitungen öffentlich machen? Es schadet durchaus nicht, wenn wir zeigen, dass der Klassenkampf anderswo, und nicht

nur von oben geführt wird. Forum Alpbach, Beschäftigungsgipfel, oder „Gespräche über den Kapitalismus“ (Profil) sollten ein Gegengewicht bekommen. Unmöglich ist es nicht, es muss nur jemand damit anfangen.

3.3 Erleichterung des Lebens und Vorwegnahme eines freien Lebens

Vom Beginn der ArbeiterInnenbewegung an gab es sowohl Versuche, sich zumindest etwas aus dem Verwertungszusammenhang herauszunehmen, die Umstände des Elends ein bisschen zu verbessern als auch schon hier und heute den Sozialismus zumindest in eigenen Strukturen zu verwirklichen.

Am bekanntesten sind die Konsumgenossenschaften (und damit meinen wir nicht das unrühmliche Ende der österreichischen Variante). Es wurden kollektiv, unter Umgehung des Zwischenhandels, direkt bei den ProduzentInnen Lebensmittel gekauft, um so die Kosten für die Lebenserhaltung zu senken.

Auch heute werden immer wieder solch ähnliche Initiativen gestartet: Tauschbörsen, Fahrgemeinschaften, Open Source Software etc. Auch wenn solche Initiativen oft keine gesellschaftspolitischen Intentionen haben, so ist ihnen doch ein nicht-kapitalistischer Charakter immanent. Des weiteren sind die Strukturen dieser Initiativen oft nicht-hierarchisch organisiert.

Und es gibt sehr wohl, z. B. Wohngemeinschaften, die mehr sein wollen als nur eine Möglichkeit zur Verbilligerung von Wohnkosten. Sie sind auch Experimentierfelder neuer sozialer Beziehungen, sei es der Umgang der Geschlechter untereinander oder die kollektive Erziehung von Kindern.

Auf wirtschaftlicher Seite gibt es Selbstverwaltungsprojekte, bei denen die Leitung des Betriebs von den ArbeitnehmerInnen selbst (oder durch gewählte Vertreter) durchgeführt wird. Die Gewinne werden nicht vom Eigentümer privatisiert, sondern entweder in den Betrieb investiert oder auf alle aufgeteilt.

Eine syndikalistische Bewegung, die einiges an gesellschaftlicher Relevanz hat, wird sich solcher Modelle sicherlich bedienen. Einerseits, um sich das Leben etwas leichter zu machen, andererseits um mit neuen Formen des sozialen Lebens zu experimentieren und Erfahrungen für freies Leben zu sammeln. Im Hinblick auf zukünftige Generationen können Kinder andere Formen des Lebens erlernen, ohne den ganzen Müll der modernen Warengesellschaft als Ballast mit sich herumtragen zu müssen. Und sicherlich auch nicht zu unterschätzen ist der propagandistische Effekt funktionierender libertärer sozialistischer Lebensmodelle.

3.4 Politischer und ökonomischer Kampf

Kapitalismus und Staat sind keine Wohlfahrtseinrichtungen, sondern Instrumente der Ausbeutung und Unterdrückung. *Sie*, die KapitalistInnen und StaatsvertreterInnen, lassen uns nicht so leben, wie wir wollen. *Sie* zwingen uns ihre Vorstellungen auf. Der libertäre Sozialismus wird uns nicht einfach so in den Schoss fallen, wir werden uns gegen Ausbeutung und Unterdrückung wehren müssen, wir werden für *unser Leben* kämpfen müssen.

Da wir uns nicht der Illusion hingeben, mit politischen Mitteln des Systems, dieses aufheben zu können, bedürfen wir anderer Methoden, um unsere Vorstellungen zu verwirklichen.

Das erste kann immer nur sein, möglichst viel Menschen davon zu überzeugen, dass unsere Vorstellungen die bessere Alternative sind, dass es ein anderes Leben geben kann. Agitation und Propaganda, Kampagnen und Engagement in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen werden die Mittel der Wahl sein.

Der (Anarcho-) Syndikalismus hat sich immer als gewerkschaftliche Bewegung gesehen. Demnach ist die Ökonomie das Kampffeld des Syndikalismus. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts wurde der *Generalstreik* als revolutionäres Kampfmittel propagiert. Streiks sind in gut organisierten Betrieben auch in den „alltäglichen“ Auseinandersetzungen eine Möglichkeit zur Durchsetzung von Interessen.

Aber im Gegensatz zur österreichischen Tradition und der Politik des ÖGB sind *Streiks* auch als politische und revolutionäre Kampagnen zu verstehen. Der Streik ist nicht nur im Rahmen von Gehaltsverhandlungen oder als Defensivmaßnahme zur Abwehr bedrohlicher Betriebsentwicklungen zu sehen. Der Streik muss wieder seine offensiven Möglichkeiten erlangen. *Betriebsbesetzungen* und Kollektivierung der Produktion weisen auf eine sozialistische Gesellschaft hin.

Und hier zeigt sich auch, dass der ökonomische Kampf sich keineswegs nur im legalen Umfeld bewegt. So sind auch *Sabotage*, private oder kollektive *Aneignung* der Arbeitsprodukte und bis zur Erpressung gehende Aktionen durch die ProduzentInnen traditionelle Mittel im Klassenkampf.

Eine Sonderform der Aneignung, die sich auch ohne politischen Hintergrund großer Beliebtheit erfreut, ist das *Krankfeiern*.

Zu den politischen Methoden zählt vor allem die *direkte Aktion*, die durch ihre Unmittelbarkeit einen hohen propagandistischen Effekt hat – man soll immer die Lacher auf seiner Seite haben. Die direkte Aktion wird heute vor allem von Sozialbewegungen und Bürgerinitiativen angewandt, ihr revolutionäres Potential muss wieder neu entwickelt werden.

Zwischen direkter Aktion und Propaganda gelagert ist die *Entwendung*, bei der Elemente der repressiven Gesellschaft in ihr Gegenteil gekehrt werden, und die Manipulation (vor allem von Medien). Vieles aus diesem Bereich ist auch als *Spaßguerrilla* bekannt.

In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts wurde der soziale Kampf wiederentdeckt und weiter entwickelt. Die Auseinandersetzungen hier spielen sich nicht in der Sphäre des „Hauptwiderspruches“ (Arbeit–Kapital) statt. Am bedeutendsten war und sind noch immer die Frauenbewegung, die die Geschlechterverhältnisse neu regeln will, die Ökologiebewegung, die die Zerstörung der Natur (aus Profitinteresse!?) bekämpft und die HausbesetzerInnenbewegung, die der Geschäftemacherei mit Wohnraum neue Formen des Zusammenlebens entgegensetzt. Aus allen diesen Bewegungen stammen eine Vielzahl an Möglichkeiten, die sich auch im Sinne des Syndikalismus einsetzen lassen.

Und übrigens: Das Feld ist weit und noch lange wurde nicht alles erfunden.

Literatur

- [1] www.anarchismus.at
- [2] Direkte Aktion Nr. 170
- [3] Kropotkin Peter, Die Eroberung des Brotes
- [4] Kropotkin Peter, Gegenseitige Hilfe
- [5] Marx Engels Werke Bd. 4
- [6] Marx Engels Werke Bd. 21, „Das Kapital 1“
- [7] Marx Engels Werke Bd. 22, „Das Kapital 2“
- [8] Marx Engels Werke Bd. 23, „Das Kapital 3“
- [9] Mühsam Erich, Staat und Kirche